



Luc Jochimsen

kulturgut

Bilanz meiner Arbeit
im Bundestag

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Inhalt

Lebensstationen	5	Es gilt das gesprochene Wort	14	Was ist eine Enquete?	24
Zwei Abgeordnete im Doppelpack	6	Kultur – Gerechtigkeit – Selbstbestimmung. Aus den Reden 2005 bis 2008		Über die Arbeit der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“	
Ganz Thüringen im Blick Vor Ort in Erfurt und Weimar		Kultur neu denken	18	Von Denkmälern und Gedenkstätten umstellt	25
Marktstraße 17	8	Macht, Kunst, Freiheit – Religion, Macht, Freiheit – Demokratie, Freiheit, Macht 3 Veranstaltungen an besonderen Orten in Thüringen		Gegenvorschläge zur Gedenkstättenpolitik der Bundesregierung	
Bürgerbüro Weimar / Café Gedanken frei / Gebietsverband Apolda-Weimar		Kultur für Jedermann	22	Widerspruch zum Stasi-Unterlagengesetz	27
Café Gedanken frei	10	Mit einem Staatsziel Kultur werden wir erst die Kulturnation, die wir sein wollen		Gefragt – zu Gast in politischen Sendungen	28
Eine Pressecollage				Ohne uns geht gar nichts	30
Gregor Gysi über DIE LINKE und Luc Jochimsen	12			Die Mitarbeiter in Berlin und Thüringen	

Impressum

Konzept und Redaktion: Anne Neller, Detlef Kannapin
Mitarbeit: Günter Platzdasch, Paul Wellsow
© Luc Jochimsen, alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis

Umschlag: Laurence Chaperon;
Seite 4: Günter Platzdasch; Seite 5: Laurence Chaperon; Seite 14/15: Deutscher Bundestag;
Seite 17: Panorama Museum Bad Frankenhausen; Seite 18/19: Hanno Harnisch;
Seite 21: Fraktion DIE LINKE/Mediaservice; Seite 25/26: Gert Gampe; Seite 29: RBB;
Weitere Bildnachweise stehen in der Bildunterschrift.

Gegen die Stimmen der Anderen

Herbst 2005/Herbst 2008: 3 Jahre Arbeit im Bundestag. Zeit, um eine Bilanz zu ziehen. Was hat die LINKSFRAKTION in dieser Legislatur-Periode erreichen können? Und was habe ich als „Frau für die Kultur“ dazu beitragen können? Ausgerechnet Kultur!

Nein, 2005 habe ich selbst nicht daran geglaubt, dass wir politisch viel bewegen könnten. Wir, eine kleine Fraktion in Opposition zur Übermacht der anderen. Und so war es auch. Vom ersten Tag an verwies die Macht uns auf den Platz der Ohnmacht.

Schnell und unerbittlich wie eine Guillotine fiel das Urteil ABGELEHNT und machte kurzen Prozess mit unseren Ideen und Entwürfen von einer friedlicheren und gerechteren Politik.

MEHRHEITLICH ABGELEHNT / MIT GROSSER MEHRHEIT ABGELEHNT / MIT DEN STIMMEN ALLER FRAKTIONEN AUSSER DER LINKSFRAKTION ABGELEHNT ... so lauteten die Entscheidungen über unsere Anträge in den Ausschüssen wie im Plenum und so heißen sie heute noch.

Aber Erstaunliches passierte. Die abgelehnten Ideen und Entwürfe verschwanden nicht. Sie ließen sich durch diesen Prozess der Übermacht nicht einfach „erledigen“. Sie blieben im politischen Raum – obwohl auch die Presse sie totschwieg oder diffamierte. Die Bevölkerung nahm sie auf. Sogar mehrheitlich. Und so kamen

unsere Vorschläge zur Rente, zur Lohnentwicklung, zum Sozialstaat und zur militarisierten Außenpolitik wieder ins Parlament zurück. Von uns selbst zum wiederholten Mal eingebracht, aber auch von den anderen Parteien.

Auf diese Weise kam Bewegung ins abgekartete politische Spiel. Es zeigte sich: Gegenstimmen können wirken, sie müssen nicht ohnmächtig bleiben. Die Linksfraktion veränderte und verändert die Politik der Machthabenden aus der Opposition heraus. LINKS WIRKT! Wer hätte das gedacht?

Selbst in Sachen Kultur sind unsere Vorstellungen allen Ablehnungen zum Trotz all-gemeingültig geworden. Am Ende des ersten Regierungsjahres habe ich in der Haushalts-Debatte gefordert:

„Mein Vorschlag: Nehmen Sie 1 Milliarde Euro und setzen Sie ein Programm ‚Kultur für Kinder‘ auf. Geben Sie den Kindern, die zu Hause keine Bücher, keine Möglichkeiten zum Musizieren und Gestalten haben, die Chance, in ihrem unmittelbaren Umfeld Musik- und

Malschulen, Theater- und Tanzgruppen zu finden, ebenso wie Bibliotheken mit Lesezirkeln und Wettbewerben, Film-, Video- und Computerclubs unter kreativer Anleitung, Museen als ständige Erfahrungsorte und Kunsthandwerkstätten. Kultur für Kinder überall in gleichen Maßen – auf dem Land, in den Städten und in den Problemvierteln: Darum geht es.“

Heute sind Kulturprogramme für Kinder überall auf der Tagesordnung und die Kanzlerin geht auf publikumswirksame Bildungstour in die Kindergärten. Unsere Forderung nach KULTURELLER GERECHTIGKEIT als Fundament SOZIALER GERECHTIGKEIT wird mittlerweile von vielen aufgegriffen. Nun muss damit Ernst gemacht werden, praktische Politik. Aus vielen Einzelprojekten ein Gesamtplan, eine KAMPAGNE KULTUR für KINDER. KKK. So dass die Kinder und Jugendlichen eines Tages sagen werden: es war DIE LINKE, die Kultur für uns alle ins Leben gerufen hat. Das wäre mein TRAUM als „Frau für die Kultur“ und eine Zukunftsaufgabe für DIE LINKE.



1. Mai 2007 in Erfurt



Lebensstationen

Luc Jochimsen wurde 1936 in Nürnberg geboren. Die Schulzeit in Frankfurt/M. beendete sie 1956 mit dem Abitur. Sie studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität Hamburg. 1961 folgte ihre Promotion an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster mit der Arbeit „Zigeuner heute – Untersuchung einer Außenseitergruppe in einer deutschen Mittelstadt“.

Sie war 1961 bis 1975 freie Autorin, 1975 bis 1985 Redakteurin des ARD-Magazins Panorama. 1985 bis 1988 war sie für die ARD Korrespondentin in London. Zwischen 1988 und 1991 war Jochimsen verantwortlich für die Abteilung Feature/Auslandsdokumentation des NDR und danach zwei Jahre Leiterin des ARD-Fernsehstudios in London. 1994 bis 2001 war sie Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks und moderierte unter anderem die Politik-Sendung „3 zwei eins“.

Zur Bundestagswahl 2002 war Luc Jochimsen unabhängige Spitzenkandidatin für die PDS in Hessen, die Partei

scheiterte jedoch bundesweit an der Fünf-Prozent-Hürde.

2003 Theodor-Herzl-Dozentur am Institut für Medienwissenschaft und Journalismus der Universität Wien.

Bei der Bundestagswahl 2005 zog sie über die Landesliste Thüringen der Linkspartei.PDS in den Deutschen Bundestag ein und ist kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Veröffentlichungen:

- Hinterhöfe der Nation: Die deutsche Grundschulmisere, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg, 1971
- Sozialismus als Männersache oder kennen Sie „Bebels Frau“?: seit 100 Jahren ohne Konsequenz, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg, 1978
- Warenhaus Journalismus – Erfahrungen mit der Kommerzialisierung des Fernsehens, Picus Verlag, Wien, 2004
- Dieses Jahr in Jerusalem. Theodor Herzl – Traum und Wirklichkeit, Aufbau Verlag, Berlin, 2004

Zwei Abgeordnete im Doppelpack

Ganz Thüringen im Blick. Vor Ort in Erfurt und Weimar

Frank Spieth und ich haben uns überlegt, ob wir nicht zu zweit effektiver arbeiten könnten, als wenn jeder einzelne Abgeordnete für sich arbeitet. Welch eine Palette ergeben die Aufgaben eines gesundheitspolitischen Sprechers und einer kulturpolitischen Sprecherin!

Nach diesem Prinzip haben wir unsere Büros zusammengelegt, in Erfurt und in Weimar. In Erfurt ist mein Bürgerbüro in der Eugen-Richter-Straße 44 Anlaufstelle für Fragen und politische Anregungen. Hier finden Sie auch immer aktuelle Informationen meiner Fraktion, zum Beispiel Argumente gegen den Afghanistan-Krieg, Tipps für Hartz-IV-Empfänger, unsere Forderungen zum Verbraucherschutz oder zur Gesundheitspolitik.

Zu Erfurt habe ich eine ganz besondere Beziehung. 1981 (!) habe ich hier als ARD-Journalistin einen 45-Minuten-Film „Der 8. März – Wie die DDR ihre berufstätigen Frauen ehrt“ gedreht. Damals

wollte ich der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit zeigen, wie Frauen in der DDR Berufstätigkeit und Familie, Qualifizierung und Mutterschaft bewältigen – welche Hilfen der Staat dabei zur Verfügung stellt. Nach 26, 27 Jahren immer noch ein großes Problem in unserem jetzt vereinten Land. Also haben wir zum 8. März 2007 den alten Westfilm in Erfurt öffentlich vorgeführt und die Frauen und Männer, die im Film eine Rolle spielten, eingeladen. Und sie kamen auch und diskutierten in der überfüllten „Arche“ mit dem Publikum und Journalisten über die Zeit damals und heute. Am 8. März 2008 haben wir die Veranstaltung mit dem Titel „Ostfrauen im Westfilm“ auf Einladung des Museums für Thüringer Volkskunde wiederholt. Im Grunde könnte man die Diskussion immer weiter-



führen. So viele offene Fragen zwischen Vergangenheit und Gegenwart ...

Regelmäßig bin ich in Erfurt und Thüringen unterwegs, um mit Bürgerinnen und Bürgern, kulturellen Initiativen, sozialen Einrichtungen und politisch sowie künstlerisch aktiven Menschen zu sprechen und sie in ihrer Arbeit zu unterstützen. Beispielsweise habe ich am 1. Mai 2007 in Erfurt die Mai-Demonstration der Gewerkschaften und die erfolgreichen Proteste gegen den Aufmarsch von Neonazis unterstützt. Mit einem breiten politischen Bündnis und viel Zivilcourage gelang es uns damals, den Zug der NPD zu stoppen. Thüringenweit setzten unsere gemeinsamen Aktionen ein deutliches Zeichen und machten vielen Menschen Mut im Kampf gegen Neonazis!

Natürlich habe ich in Erfurt auch das Volksbegehren für mehr Demokratie in den Thüringer Kommunen unterstützt. Gerade um politisches Engagement

Im Erfurter Büro

Foto: Paul Wellsow

und Mitbestimmung in Zukunft noch mehr zu fördern, war die Unterschriftensammlung durch Tausende Aktive im Sommer 2008 ein wunderbarer Erfolg für die Menschen in Thüringen.

Auch das Ausland spielt bei meiner Arbeit eine Rolle. Als Vorsitzende der deutsch-irischen Parlamentariergruppe habe ich im Januar eine Gruppe von irischen Abgeordneten, angeführt von ihrem Parlamentspräsidenten John O'Donoghue, von Dublin über Berlin nach Weimar und Erfurt eingeladen. Die europäischen Kollegen waren begeistert von diesem Blick auf Thüringen – die Visite im Landtag, die Fahrt durch die mittelalterliche Stadt, das „klassische“ Weimar.

Mein Hauptanliegen ist, Kindern und Jugendlichen Kultur nahe zu bringen. Für sie Kultur überhaupt zu ermöglichen! Und da geht es natürlich auch um Geld. Meine Fraktion hat die Diätenerhöhung für die Bundestagsabgeord-

*Frank Spieth über die Zusammenarbeit:
"Kollegial und sehr befruchtend..."*

*Foto: Alexander Volkmann
„Thüringer Allgemeine“*

neten abgelehnt und beschlossen, das Geld zu spenden. Ich unterstütze seit Januar 2008 das Kindertheater an der Parkaue in Berlin und die Kunstschule des Lindenau Museums in Altenburg mit jeweils 150 Euro pro Monat. Gemeinsam mit anderen Abgeordneten der LINKEN und einer Buchhandlung haben wir im Oktober 2007 eine Lesung aus den Romanen von „Harry Potter“ veranstaltet. Im Erfurter Jugendbüro „RedRoXX“ haben wir bis spät in die Nacht für zahlreiche Kinder aus den Romanen vorgelesen, um jungen Menschen den Zugang zu Literatur zu ermöglichen.

Kinder und Jugendliche lieben Sport. Ein Straßen-Fußball-Turnier im Sommer 2007 habe ich unterstützt. Für die Gewinner gab es Freikarten für ein Spiel von „Rot-Weiß-Erfurt“ und eine Besuchsfahrt in den Deutschen Bundestag.

Wer will, kann sich in meinem Bürgerbüro in Erfurt zu einer ein- oder dreitägigen Reise ins politische Berlin



anmelden. Über 300 Thüringer können im Jahr nach Berlin kommen, um nicht nur meine Arbeit im Parlament aus nächster Nähe zu erleben, sondern auch Ministerien, Ausschüsse und Museen besuchen. Auch das Kulinarische kommt nicht zu kurz – und alles das kostet keinen Cent.

Kommen Sie in meinen Bürgerbüros vorbei, rufen Sie an oder informieren Sie sich auf meiner Internetseite!

www.lukrezia-jochimsen.de

Marktstraße 17

Bürgerbüro Weimar / Café Gedanken frei / Gebietsverband Apolda-Weimar

Weimar ist ein Kristallisationspunkt europäischer und deutscher Kulturgeschichte. Klar, dass ich auch mit einem Bein in Weimar stehe. Seit Juli 2006 hat sich das „Bürgerbüro Luc Jochimsen & Frank Spieth“ in der Marktstraße, etwa auf halber Strecke zwischen Bauhausmuseum und Wittumpalais auf der einen, Schillerhaus und Anna-Amalia-Bibliothek auf der anderen Seite, zur Anlaufstelle für politische und kulturelle Aktivitäten entwickelt.

Als Abgeordneten-Doppelpack betreiben Frank Spieth und ich auch in Weimar mitten in der Stadt dieses Wahlkreisbüro, gestaltet von Weimarer Designern. Es ist mit zwei Mitarbeitern besetzt und montags bis freitags geöffnet. Am bekanntesten ist das Büro aber wohl für einen Wochenendtermin: die Debatten im „Café Gedanken frei“, eine Matinée jeden zweiten Sonntag eines Monats.

Inzwischen gibt es „Stammkunden“, die – als Verehrer des gedruckten

Wortes in den Zeiten des Internets – das Bürgerbüro ansteuern, um etwas zu lesen und dann auch gleich zu diskutieren. Und wenn gewünscht, gibt es mit Hilfe der Büromitarbeiter auch weiterreichende Internet-Informationen. Neben einer kleinen Bibliothek mit Büchern von Apitz bis Zwenz liegen mehrere Tages- und Wochenzeitungen aus: „Das Parlament“, „Freitag“, „junge Welt“, „Neues Deutschland“, „Thüringer Allgemeine“ und „Thüringische Landeszeitung“.

Die häufigste Frage lautetet interessanterweise: Was will DIE LINKE im Bundestag?

Es gibt ein hohes Interesse an Informationen von Bürgerinnen und Bürgern, die in der Marktstraße 17 Abgeordnetenkontakt suchen: Talkshows oder Zeitungsaufmacher sorgen dafür, dass mancher – Parteimitglieder genauso wie Parteilose – es genauer wissen will. Oft helfen die Materialien aus Fraktion und Bundestag oder Gespräche mit den



Das erste „Café Gedanken frei“ mit dem Schriftsteller Landolf Scherzer



Fotos: Günter Platzdasch

Wahlkreismitarbeitern weiter; manchmal wird ein Termin für ein Abgeordnetengespräch vereinbart.

Neben Einheimischen aus der Region besuchen auch viele Durchreisende das Bürgerbüro. Dem Weimarer Kulturtourismus sei Dank! Vom Mitbegründer der brandenburgischen Nach-Wende-CDU über Schüler auf Klassenfahrt bis zum Initiator eines Kulturvereins auf Rügen hat schon mancher Weimar-Besucher im Vorbeigehen sich etwas Zeit genommen, ins LINKE-Abgeordnetenbüro zu schauen. Sehr groß ist dabei die Neugier

von Besuchern aus den westlichen, den alten Bundesländern, wo sich DIE LINKE (noch) nicht in derart zentraler Lage präsentieren kann. In Weimar ist das Büro längst eine feste Größe als Ort der Begegnung: Für Diskussionen über die Zukunft des Weimarer Nationaltheaters, das Schreiben eines Feuilletonisten für die Thüringer Kultur oder die verheerenden Folgen des Einsatzes von Uranmunition in Kriegen – genauso wie für das Sommerfest des Thüringer Arbeitslosenverbands. Wenn in Weimar, schauen Sie doch einfach auch mal rein.

Das Bürgerbüro im Bürgerbüro als Bild
Foto: Azim Akcivan



Café Gedanken frei

So heißt unsere Matinée, die wir seit 2007 jeden zweiten Sonntag eines Monats in unserem Weimarer Bürgerbüro veranstalten: Nachdenken, voraus denken, alte und neue Gedanken, Querdenker, Kontroversen...

„Der Grenzgänger“ im Café „Gedanken frei“ in Weimar

Wer keinen Sitzplatz auf den Stühlen oder Fensterbänken fand, musste bei der ersten Veranstaltung im Café „Gedanken frei“ in Weimar stehen. Über 50 Besucher kamen in das „BÜRGERBÜRO“ der Bundestagsabgeordneten Dr. Luc Jochimsen und Frank Spieth, um vom Schriftsteller Landolf Scherzer mehr über Obrigkeit, Freiheit und die Macht, Dinge aufzudecken zu erfahren. Die Zuhörer erfuhren, wie man

Café Gedanken frei: morgen 11 Uhr Nachrichten aus Nairobi, Diskussion mit Daniela Dahn, Schriftstellerin/Journalistin (Berlin); Marktstraße 17.

Daniela Dahn berichtete vom siebenten Treffen des Weltsozialforums in Nairobi, an welchem sie teilnahm. Im afrikanischen Nairobi seien die Widersprüche unserer Zeit deutlich zu spüren gewesen. So stürmte eine

In prominenter Runde

Über das Verhältnis von Christentum und Sozialismus diskutierten am Sonntag im Weimarer Café Gedankenfrei Bodo Ramelow (Linkspartei, r.) und Weimars früherer EU- und Bundestagsabgeordneter Edelbert Richter (l.).

„Die verborgene Wirklichkeit retten“

Zu einem Frauentagsgespräch der besonderen Art kam es am 9. März im „Café Gedanken frei“ in der Weimarer Marktstraße. Die Berliner Journalistin Marina Achenbach und die Wochenzeitung „Freitag“ waren am Sonntagvormittag in der Diskussion mit Luc Jochimsen, Mitglied des Deutschen Bundestages und kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

TLZ - 11.1.2008 Endspurt für den Stadtschreiber

Weimar. (tlz) Weimars Stadtschreiber geht in den Endspurt: Maik Lippert ist nur noch drei Wochen in Weimar zu Gast. „Endspurt“ heißt daher auch die Veranstaltung im Café Gedankenfrei, Marktstraße 17, zu

Tornados liefern Kriegsbilder

werden. Zu diesem aktuellen Thema und über die Brücke von Varvarin spricht Hans Wallow, Ministerialrat a.D. und einst SPD-Bundestagsabgeordneter, bei der Matinée „Café Gedanken frei“ mit der Linken-Bundestagsabgeordneten Luc Jochimsen.

Sonntag, 10. Juni, Weimar, Bürgerbüro, Straße 17, 11 Uhr, frei.

Bilderstreit: „Eiserner Vorhang in den Köpfen“

Luc Jochimsen debattierte in Weimar mit Peter Arlt und Jürgen Weißbach über „die gerne verformten Bilder“ der DDR-Kunst

Die Thüringer Bundestagsabgeordnete Luc Jochimsen hatte ins allmonatliche Weimarer „Café Gedanken frei“ zwei Experten eingeladen, um den in Thüringen anlässlich der Erfurter Willi-Sitte-Ausstellung neu entflammten Streit über den „richtigen“ Umgang mit der DDR-Kunst zu diskutieren: Jürgen Weißbach, Vorstandsmittglied der Willi-Sitte-Stiftung in Merseburg (rechts im Foto), und Peter Arlt, Professor für Kunstgeschichte an der Uni Erfurt, debattierten mit der kulturpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

In memoriam

Weimar. (tlz) „In memoriam Erwin Geschonneck“ ist die nächste Veranstaltung am Sonntag, 8. Juni, 11 Uhr, im Café Gedanken frei im Bürgerbüro an der Marktstraße 17 überschrieben. Erwartet wird Geschonneck-Biograph Professor Frank Hörnigk. Gezeigt werden auch Geschonnecks satirische Kurzfilme.

WAS WANN WO?

Hermann Kant

Erstmals stellen Hermann Kant und die Journalistin Irma Gutschke in Thüringen ihr Buch „Hermann Kant – Die Sache und die Sachen“ vor. Zwei Jahre führte die Autorin dafür Gespräche mit dem meistgelesenen Schriftsteller der DDR. Diese führen sie Sonntag ab 11 Uhr im „Café Gedanken frei“ fort, das dieses Mal in der Stadtbücherei eine Heimstatt hat.

WAS WANN WO?

Lob des Kalauers

Der satirische Schriftsteller Matthias Biskupek ist mit seinem neuen Buch „Lob des Kalauers“ am Rande des Zwiebelmarktes zu Gast. Er tritt am Sonntag um 11 Uhr im Café „Gedanken Frei“ auf, im Bürgerbüro der Linkspartei in der Marktstraße.

Café Gedanken Frei, Marktst. 17: 11 Uhr Lesung und Diskussion mit Jens-Fietje Dwars

NOTIZEN

„Nietzsche...!?“ im Bürgerbüro

Weimar. (tlz) Dr. Rüdiger Schmidt-Grépály, Leiter des „Nietzsche-Kollegs Weimar“, ist am Sonntag, 6. April, 11 Uhr, zu Gast im „Café Gedanken frei“ im Bürgerbüro an der Marktstraße 17. Über das Konzept des Kollegs und die Vorhaben gibt er im Gespräch mit MdB Frank Spieth, Sprecher Landesgruppe Die Linke, Auskunft.

Café Gedankenfrei

Sein neues Buch „China- Traum“ stellt der Asienschaffler Wolfram Adolph Sonntag ab 11 Uhr im „Café Gedankenfrei“ (Bürgerbüro der Linkspartei in der Marktstraße) vor. Adolph reiste kurz vor dem Ende der DDR nach China, eine Reise, die eine zu sich selbst wurde und aus der die Idee für den Weimar einst ausgeschalteten Chinawissenschaftler-Kongress entstand.

Die kastrierte Öffentlichkeit?

Weimar. (tlz) Spätestens seit den jüngsten Landtagswahlen sieht sich „Die Linke“ als gesamtdeutsche Partei etabliert. Doch wie gehen die Medien mit der im Osten oft zweitstärksten Partei um? Im Café „Gedanken frei“ am Sonntag ist der Chefredakteur des MDR-Fernsehens, Wolfgang Kenntemich, zu Gast. Er disku-

Und weiter geht's ...

09.11.08 • Filmvorführung „Zeitabschnitte des Werner Bab“ und Zeitzeugendialog mit Werner Bab und dem Filmemacher Christian Ender

14.12.08 • Dokumentation „Deadly Dust – Todesstaub“ über die Folgen des Einsatzes von Uranmunition im Irakkrieg und auf dem Balkan, Diskussion mit Filmemacher Frieder Wagner

18.01.09 • Klaus Höpcke, 1973 bis 1989 stellv. Kulturminister der DDR, spricht über Kultur damals und heute

08.02.09 • Schriftsteller Erasmus Schöfer und Kunsthistoriker Prof. Peter Arlt im Gespräch über Sisyphos und das Glück des Menschen

08.03.09 • Zum Frauentag deutsche Erinnerungen der Weimarer Schriftstellerin Gisela Kraft

Gregor Gysi über DIE LINKE und Luc Jochimsen

Wer noch vor einem Jahr über eine Beteiligung der Partei DIE LINKE an einer Landesregierung in Hessen auch nur spekuliert hätte, wäre bestenfalls als Träumer tituliert worden.

So schnell können sich die Verhältnisse ändern. Am 16. Juni 2007 gründete sich erstmals nach 1949 eine Partei links von der SPD mit gesellschaftlicher Relevanz in ganz Deutschland aus den vormaligen Parteien PDS und WASG.



Die zunehmende Unzufriedenheit mit einer neoliberalen Politik der großen Koalition, die im Kern die Schröder'sche Agenda 2010 fortsetzt, die auf der einen Seite die Körperschaftssteuern der Konzerne von einst 45 Prozent auf heute 15 Prozent senkt, um auf der anderen Seite gleichzeitig die Mehrwertsteuern um 13 Prozent zu erhöhen, Sozialleistungen und Renten zu kürzen und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn zu verweigern, hat zu einer beträchtlichen Zunahme der Akzeptanz der Linken nicht nur im Osten, sondern erstmals auch im Westen geführt.

In einem Jahr gelang der Linken der Einzug in vier westdeutsche Landtage: in Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Hessen. Das konsequente Eintreten für mehr soziale Gerechtigkeit gegen die neoliberale Politik der vier anderen im Bundestag vertretenen Parteien und die Wahlerfolge der Linken haben zu

Gregor Gysi und Luc Jochimsen am Tag, als die Pazifistin Bertha von Suttner einen Platz im Reichstag fand (siehe Seite 25). Foto: Fraktion DIE LINKE

einer Veränderung der Parteienlandschaft beigetragen. Selbst konservative Medien konstatieren, dass DIE LINKE die innenpolitischen Debatten prägt. Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose, die Erhöhung des Wohngeldes und der Kinderfreibeträge und die Verringerung der Zwangsverrentung sind erste geringfügige Korrekturen der großen Koalition, die auf den erfolgreichen Druck der Linken zurückzuführen sind.

Wenn die bayerische CSU im Wahlkampf für die Wiedereinführung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer, für deren Abschaffung sie einst stimmte, eintritt und für eine Absenkung der Steuern bei niedrigen und mittleren Einkommen, so greift sie originäre Forderungen der Linken auf. Allerdings lehnte die CSU unsere diesbezüglichen Vorschläge im Bundestag ab.

DIE LINKE wirkt inzwischen als sozialer Korrekturfaktor und ist darüber hinaus die einzige Partei, die nach wie vor konsequent eine Beteiligung der

Bundeswehr an Kriegen wie in Afghanistan ablehnt.

Offenbar finden gewisse historische Zäsuren immer im Bundesland Hessen statt, dem Land, zu dem Luc Jochimsen eine besondere Beziehung hat. Ihr Engagement für soziale Gerechtigkeit und eine kritische Berichterstattung zeichnete sie bereits in ihren Tätigkeiten als Publizistin und Journalistin, schließlich als Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks aus. So war es nicht ganz überraschend, sondern eher folgerichtig, dass sie sich seit 2002 in der PDS engagierte und als unabhängige Spitzenkandidatin bei der Bundestagswahl antrat.

Luc Jochimsen ist im wahrsten Sinne des Wortes eine gesamtdeutsche Politikerin. Schon 2002 machte sie mit Gabi Zimmer Wahlkampf in Hessen und Thüringen, überzeugt davon, dass nur ein Brückenschlag von West nach Ost und umgekehrt eine durchsetzungsfähige linke Politik in Deutschland möglich machen würde. Der erste Versuch dieses

Brückenschlages war im Wahlergebnis erfolglos, die Beziehungen zu Thüringen aber blieben. Als waschechte „Wessi“ zog sie 2005 erfolgreich über die Landesliste in Thüringen in den Bundestag ein und gehört seitdem unserer Fraktion an.

Luc arbeitete schon aus Profession im Kulturausschuss des Deutschen Bundestages mit. Sie hat sich deutlich für mehr kulturelle Teilhabe der Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und für alle Generationen, engagiert. Ihre Handschrift findet sich auch im Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ mit der Forderung, die Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern, wie das andere europäische Staaten vorexerziert haben.

Die Bandbreite der kulturellen Themen ist groß, aber gerade das wiederum macht den Reiz aus, sich auch schwierigen und komplizierten Fragestellungen zu nähern. Seien es die Debatten um eine deutsche Erinnerungskultur mit

einer von den Konservativen favorisierten Gedenkstätte gegen die Vertreibung, um ein Ehrenmal für tote Soldaten der Bundeswehr oder um ein Freiheits- und Einheitsdenkmal zur Wiedervereinigung – in all diesen Debatten kritisierte Luc Jochimsen die Auffassungen der Konservativen.

Luc Jochimsen war es auch, die sich in die ethisch wie rechtlich komplizierte Debatte um Patientenverfügungen einbrachte, damit auch eine Würde des Todes in unserer Gesellschaft anerkannt wird.

Mit meiner geschätzten Kollegin und Genossin verbindet mich, dass wir gemeinsam für eine Gesellschaft streiten, die jede und jeden an den Bedingungen eines Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit und Solidarität beteiligt.

Es gilt das gesprochene Wort

Kultur – Gerechtigkeit – Selbstbestimmung. Aus den Reden 2005 bis 2008



„Ohne Kultur gehen wir kaputt. Kultur ist die Nahrung einer Nation.“

Jungferrede: Kulturstaat Deutschland. Zur Kulturpolitik der neuen Regierung, 1. Dezember 2005

„Ein Programm für Kinder, Jugendliche und junge kreative Frauen und Männer wäre ein nationales Signal, das unser Land als wahre moderne Kulturnation auszeichnen würde. ... Man kann mit Po-

litik keine Kultur machen, aber vielleicht mit Kultur Politik.“

Kultur als Investition. Zum Kulturetat 2007 der Bundesregierung I, 6. September 2006

„In seinem Kern muss ein Urheberrecht ein Recht für die Urheber bleiben und kein Recht für die Verwerter. Der Staat darf sich nicht für die Durchsetzung der Partikularinteressen der Medienindus-

trie, der Entertainmentkonzerne und der Computer- und Druckerhersteller einspannen lassen.“

Modernisierung des Urheberrechts. Zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft, 26. Januar 2006

„In einer Zeit, da Kultur sich als globales Thema und auch als globaler Konfliktstoff erweist, halten wir, die Fraktion der Linken, es für sehr wichtig, uns zum

Staatsziel Kultur zu bekennen, selbstbewusst einerseits, andererseits auch aus Sorge, dass ein fundamentales Erbe unseres Landes bedroht ist.“

Staatsziel Kultur. Zur Änderung des Grundgesetzes, 10. März 2006

„Es geht um das Recht auf eigene Kultur, um eigenständige kulturelle Werte in der sich globalisierenden Welt, um Handlungsspielraum und Handlungsfreiheit

für Kulturpolitik. Der beeindruckende weltweite Einsatz für die kulturelle Vielfalt ist zu begreifen als ein Teil des globalen Kampfes gegen die Kommerzialisierung aller Dinge und Werte, auch der Kultur. Da diese Kommerzialisierung ein rasantes Tempo vorlegt, muss die Gegenbewegung ebenso dynamisch sein, um das Gleichgewicht zwischen Handelsfreiheit und Kultur zu erhalten.“

Sicherung der kulturellen Vielfalt. Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE: UNESCO-Übereinkommen zur kulturellen Vielfalt schnell ratifizieren, 1. Juni 2006

„50, 60 Jahre lang haben wir gar nicht gewusst – und wissen es zum Teil immer noch nicht –, wie sehr wir uns gerade auch an der Kultur unserer jüdischen Bürger bereichert hatten. ... Wir können es zwar bitter und sogar empörend finden,

wenn Glanzstücke aus unseren Museen verschwinden und in London oder New York zu Schwindel erregenden Summen versteigert werden, aber in diesem besonderen Fall ist Besitz eben Besitz.“

Zur Rechtslage der Rückgabepflichtung Deutschlands für geraubte Kunstgegenstände 1933 bis 1945, aus jüdischem Besitz, 1. Dezember 2006

„Wir sind überzeugt, dass die Bundesregierung sich in Zukunft von Anfang an, an den Entscheidungsprozessen über Welterbestätten in Deutschland beteiligen sollte. ... Es kann doch dem Rest der Republik nicht egal sein, wie in Dresden und Sachsen bestimmte Leute ... mit dem kostbaren Gut ‚Weltkulturerbe‘ umgehen.“

Zur drohenden Aberkennung des UNESCO-Welterbetitels Dresdner Elbtal, 2. März 2007 und 6. Juli 2007

„Diese Debatte heute könnte der Anfang für eine Wende, einen neuen Umgang mit Alter, Krankheit, Sterben und Tod unter dem Schild der freiheitlichen Selbstbestimmung und des sie schützenden Rechts sein.“ Orientierungsdebatte Patientenverfügung, 29. März 2007

„Nein, wir brauchen kein ‚Ehrenmal‘, das den Soldatentod verkärt, wir brauchen stattdessen ein ‚Mahnmal‘ für sämtliche Opfer der gegenwärtigen Kriege, besonders aus der Zivilbevölkerung, aber auch für die umgekommenen Soldaten. Wir brauchen ein Denkmal, das das Nachdenken über den Sinn der Opfer ermöglicht.“ Ein Mahnmal – Kein Ehrenmal. Debatte zum Soldatenehrenmal, 6. Juli 2007

„Anstelle des Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin schlagen wir ein anderes Erinnern vor: Erinnern an diejenigen, die oft unter großer persönlicher Gefahr Demokratie und Freiheit in der DDR einforderten, Erinnern an die abertausend Bürger und Bürgerinnen in Leipzig, die demonstriert, protestiert, geredet und andere überzeugt haben, Erinnern an diejenigen, die in den Kasernen und Polizeiwachen geblieben sind und dafür gesorgt haben, dass die Demokratie ohne Blutvergießen begann.“

Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin, 9. November 2007

„Warum sollte ausgerechnet das World Wide Web ein Medium sein, das die politisch und wirtschaftlich Mächtigen nicht für ihre Zwecke, ihre Propaganda, ihre Lügen, ihre Manipulationen nutzen und unter Kontrolle bringen wollen? Jedes neue Medium wurde so in der Vergangenheit missbraucht: Zeitungen, Radio, Fernsehen – wieso nicht gleichermaßen das Internet? Der Blogger von heute ist nichts anderes als der Verteiler von Handzetteln aus dem 19. Jahrhundert.“

Die Pressefreiheit in Zeiten des Internets, 24. April 2008

„Wer war Georg Elser? Der Sprengstoff-Attentäter gegen Hitler war ein Einzelner. Ein Einzelner, der als Erster viereinhalb schrecklich lange Kriegsjahre vor Stauffenberg und der Gruppe des 20. Juli versucht hat, Deutschland von seinem Diktator zu befreien und den gerade begonnenen Krieg zu beenden. Ehre also dem Einzelnen.“

Ehrung für Johann Georg Elser als gesamtgesellschaftliches Anliegen begreifen, 5. Juni 2008

Panorama: KULTUR NEU DENKEN

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

DIE LINKE. PDS
Fraktion im Thüringer Landtag

17./18. NOVEMBER 2006
BAD FRANKENHAUSEN

Kultur neu denken

Macht, Kunst, Freiheit
Religion, **Macht**, Freiheit
Demokratie, Freiheit, **Macht**

Menschen benötigen besondere Orte, wo sie sich und ihr Verhältnis zur Welt befragen und mit anderen weiter entwickeln können, dachten wir. Wir, das sind die Vizepräsidentin des Thüringer Landtags und kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Birgit Klaubert und ich. Und so konzipierten wir die Reihe KULTUR NEU DENKEN. Die erste Veranstaltung fand im wahren Wortsinn in einem Monumentalgemälde statt, Werner Tübkes Welt-Theater-Bild „Frühbürgerliche Revolution in Deutschland“ 14 mal 123 Meter in Form einer Rotunde.

Wir dachten, dass es inmitten dieses Personals der Weltgeschichte samt Tieren und Dämonen, Heroen und Symbolen möglich sein könnte, über unsere Rollen als Nachfolger von zwei Gesellschaften mit sehr unterschiedlichen Kulturen zu diskutieren und die Vielfalt zu erkennen, die unseren Alltag heute prägt: den Kulturreichtum der mit uns zusammenlebenden Minderheiten:

Die Kulturen von drei Millionen islamischen Zuwanderern der ersten, zweiten, dritten Generation und aus ganz unterschiedlichen Herkunft-Milieus. Die

jüdische Kultur, die die Vorsitzende des Zentralrats, Charlotte Knobloch so stolz vertritt, wenn sie sagt: „Wir sind wieder da!“ Die Roma und Sinti-Kultur, die wir kaum wahrzunehmen bereit sind. Die osteuropäische, neu-europäische, asiatische, afrikanische Kultur vieler Minderheiten, die seit Jahrzehnten mit uns leben.

Deshalb haben wir Gäste mit ganz unterschiedlichen „Herkünften“ hierher gebeten, Personen die hinüber und herüber gewechselt sind in unserer Gesellschaft – oder dies nach wie vor

3 Veranstaltungen an außergewöhnlichen Plätzen in Thüringen: dem Panorama-Museum in Bad Frankenhausen, Gotteshäusern in Erfurt, dem Deutschen Nationaltheater in Weimar.

jeden Tag tun – West – Ost-, Ost – West – Existenzen und Mehrheits- und Minderheits-Personen, die schreiben, beschreiben und kommentieren, Politik machen, Theater, Chronisten, Beobachter ...

Vielleicht, so haben wir gedacht, könnten sie als Pfadfinder fungieren, die uns neue Wege zeigen auf dem komplizierten Terrain unseres kulturellen Lebens.

Die zweite Veranstaltung fand in Erfurt statt: im evangelischen Augustiner-Kloster, der Synagoge und der Katholischen Brunnen-Kirche. Drei Zitate

haben wir gewissermaßen als Motto vorgegeben:

Das erste Zitat stammt von Gandhi: „Politik ohne Religion ist eine Todesfalle, denn sie tötet die Seele.“ Wenn man Gandhi verehrt, und das tun ja auch viele Linke, dann darf man so einen Gedanken, gerade bei Gandhi, nicht außer Acht lassen.

Das zweite Zitat stammt von Dostojewski aus den „Brüdern Karamasow“: „Wenn Menschen sich von Gott lossagen, dann wird von selbst die gesamte frühere Weltanschauung, und vor allem

die gesamte frühere Moral zusammenbrechen und etwas Neues entstehen. Wo ein Gott ist, ist der Ort seiner Herrschaft. Wo ich bin, ist der Ort meiner Herrschaft. Wenn es keinen Gott gibt, ist alles erlaubt.“

Das dritte Zitat stammt aus dem Jahr 1990 und ist von Hans Küng: „Die Vielschichtigkeit des interreligiösen Dialogs bringt es mit sich, dass zum gegenseitigen Verstehen auf allen Ebenen nicht nur guter Wille und offene Haltung erforderlich sind, sondern, je nach Ebene, solide Kenntnisse.“



Vor Werner Tübkes Welttheater-Bild: Wolfgang Langenbacher, Bahman Nirumand, Stephan Märki, Oskar Lafontaine, Luc Jochimsen, Michel Friedman, Eduard Beaucamp und Volkhart Germer (v.l.n.r.)

Immer wieder sind wir gefragt worden, alles diskutiert zurzeit über Religion, warum muss denn nun auch DIE LINKE über Religion diskutieren?

Unsere Antwort ist, gerade weil wir LINKEN einer allgemeinen Gleichgültigkeit, einer Beliebigkeit und einer weitverbreiteten Ahnungslosigkeit in der Gesellschaft etwas entgegenstellen müssen. Das halten wir für einen organischen linken Auftrag. Insofern sind Neugier, Befragung, Reflexion durch Widersprüche und Auseinandersetzung dringend an der Tagesordnung. Man mag an Gott glauben oder nicht, die Entscheidung setzt allerdings Wissen und Auseinandersetzung mit Religion voraus.

Die dritte Veranstaltung wird im Februar 2009 im Deutschen Nationaltheater in Weimar stattfinden, dem Theater, in dem 90 Jahre zuvor die Nationalversammlung zusammentrat, um nach dem Zusammenbruch der Monarchie, die Republik zu schaffen. Es wird eine Dis-

kussion über die „Geburtsstunde unserer Demokratie“ sein – die Hoffnungen, die Utopien, die den Beginn Weimars prägten – und die auch 2009 noch Gültigkeit haben, gerade weil ihre Verwirklichung zum Teil immer noch aussteht.

Bildstrecke von oben nach unten:

*Podium in der Brunnenkirche:
André Blechschmidt, Christine Lieberknecht, Luc Jochimsen, Birgit Klaubert, Katrin Göring-Eckardt, Katja Kipping*

*Im Augustinerkloster:
Bodo Ramelow, Rabbiner Walter Homolka, Pröpstin Elfriede Begrich, Luc Jochimsen, Birgit Klaubert, Imam Mehdi Razvi*

*Diskussion mit den Theologen
in der Synagoge*

Fotos: Fraktion DIE LINKE



Mit den
LINKEN
über Gott
reden

Kultur
neu denken
Religion, Macht, Freiheit
und die Schwierigkeiten,
Identität zu bestimmen

Teilnehmer
Pröpstin Elfriede Begrich
André Blechschmidt
Serap Çiğil
Michel Friedman
Katrin Göring-Eckardt
Rabbiner Walter Homolka
Luc Jochimsen
Katja Kipping
Birgit Klaubert
Christian Lehnert
Christine Lieberknecht
Manfred Lütz
Carlos Manuel
Böhmen Wilmund
Bodo Ramelow
Imam Mehdi Razvi
Paul Schulz
Eberhard Tiefensee
Michael Tringel
Ensemble secotolox

8. Februar, 12 Uhr, bis 9. Februar 2008, 13 Uhr

Erfurt
Evangelisches Augustinerkloster
Neue Synagoge
Katholische Brunnenkirche

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Spätestens seit dem Bericht der Enquete-Kommission Kultur des Bundestages ist die kulturpolitische Diskussion neu entbrannt. Denn darin hatte sich die Kommission für ein „Staatsziel Kultur“ ausgesprochen. Unsere Autorin Luc Jochimsen meint:

„Mit einem Staatsziel Kultur werden wir erst die Kulturnation, die wir sein wollen. Es stimmt schon: Weder Mann, noch Frau wird sich etwas kaufen können für das ‚Staatsziel Kultur‘. Keine Konzertkarte. Kein Theaterticket. Keinen Museumsbesuch. Leider auch keinen Musik-, Mal-, Tanzkurs oder Bücher und Bilder. Aber es wird schon einen Unterschied machen, ob sich unser Staat, unsere Gesellschaft in der Verfassung ausdrücklich dazu verpflichtet, die Kultur zu schützen und zu fördern – oder eben nicht.

Es gibt ja bereits Staatszielbestimmungen im Grundgesetz: zum Beispiel das Sozialstaatsprinzip und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die geistigen, die ideellen Dimensionen unseres Daseins aber fehlen. Da ist eine Leerstelle in der Verfassung. Die gilt es endlich zu füllen. Endlich? Ja endlich, denn wir waren schon mal ein ganzes Stück weiter. 1990 im

Einigungsvertrag. Da wurde die Bedeutung der Kultur ausdrücklich betont und das vereinte Deutschland als „Kulturstaat“ definiert, welcher die kulturellen Aufgaben zu erfüllen und zu finanzieren habe. 18 Jahre ist das nun her.

Was ist eigentlich ein Staatsziel?

1981 hat das eine Sachverständigenkommission so beantwortet: „Staatszielbestimmungen sind Verfassungsnormen mit rechtlich bindender Wirkung, die der Staatstätigkeit die fortdauernde Beachtung oder Erfüllung bestimmter Aufgaben – sachlich umschriebener Ziele – vorschreiben. Sie umreißen ein bestimmtes Programm der Staatstätigkeit und sind dadurch eine Richtlinie oder Direktive für das staatliche Handeln, auch für die Auslegung von Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften. Im Regelfall wendet sich eine Staatszielbestimmung an den Gesetzgeber, ohne dass damit ausgeschlossen sein muss, dass die Norm auch eine Auslegungsrichtlinie für Exekutive und Rechtsprechung ist. Eine Staatszielbestimmung überlässt es der politischen Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers, in welcher Weise und zu welchem Zeitpunkt er

die ihm eingeschränkte Staatsaufgabe durch Gesetz erfüllt und dabei etwa auch Ansprüche einzelner auf öffentliche Leistungen oder gegen Dritte entstehen lässt.“ Genau in diesem letzten Satz wird es interessant: es gibt die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers, aber ihm ist eine besondere Staatsaufgabe „eingeschärft“ – was wiederum bedeutet, dass er sich „mit Ansprüchen einzelner auf öffentliche Leistungen“ auseinandersetzen muss.

Also, für das STAATSZIEL KULTUR kann man sich keine Konzert- oder Theaterkarten kaufen, aber der Protest gegen Theaterschließungen, das „Bibliothekssterben“, von dem sogar der Bundespräsident in aller Öffentlichkeit spricht, und der systematische Rückgang der öffentlichen Kulturausgaben am Bruttoinlandsprodukt, gewinnt an politischer Bedeutung und Gewicht. Wissen Sie, wieviel Geld das reiche Deutschland bei steigender Wirtschaftsentwicklung für die Kultur ausgibt?

Vielleicht ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts? Ganz schön daneben! 2001 waren es gerade mal 0,40 Prozent. 2005 dann 0,36 Prozent und 2007 0,34 Prozent. Darf Mann oder Frau das Absturz nennen? Darf

Mann oder Frau dagegen politisch etwas unternehmen? Indem beide fordern, dass wir das Staatsziel Kultur endlich in unsere Verfassung aufnehmen. Nicht als einen gut klingenden Satz auf schönem Papier, sondern als den Anfang einer Bewusstseinsänderung. Als ein Signal an den Gesetzgeber, dass uns Kultur mehr wert sein muss als bisher.

Spanien, Polen, die Schweiz

Drei europäische Nachbarländer haben sich zu drei unterschiedlichen historischen Zeitpunkten neue Verfassungen gegeben und in ihnen das Staatsziel auf sehr weitreichende Weise aufgenommen.

Erstens: Das Königreich Spanien, 1978 nach dem Ende der Franco-Diktatur. In der Präambel wird dem Staat die Pflicht auferlegt „die Teilnahme aller Bürger am kulturellen Leben zu fördern“. Was dies dann im einzelnen heißt, legen die Verfassungsaufgaben 44-50 fest.

Artikel 44 fördert und schützt den Zugang zur Kultur für jedermann. Nach Artikel 46 gewährleistet die öffentliche Gewalt die Erhaltung und fördert die Bereicherung des kulturellen Erbes, jeden Verstoß gegen das Kulturerbe ahndet das Strafgesetzbuch. Auch hat die öffentliche Gewalt die Voraussetzungen für eine freie und wirksame

Beteiligung der Jugend unter anderem an der kulturellen Entwicklung zu fördern. Darüber hinaus ist der Staat verpflichtet, ein System sozialer Leistungen zu fördern, durch das die Kulturbelange des Bürgers im Ruhestand berücksichtigt werden. Also, Kultur für jedermann, für Kinder und Jugendliche und explizit auch für die Bürger im Ruhestand. Da fällt mir der Begriff der „kulturellen Gerechtigkeit“ als Gesamtaufgabe der Gesellschaft ein, die so zu leisten wäre wie die „soziale Gerechtigkeit“. Unter anderem auch deswegen, weil das eine die Voraussetzung für das andere ist.

Zweitens: Die Republik Polen, 1997 nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Diktatur. In der Präambel beschließt das polnische Volk sich auch „für die Kultur, die im christlichen Erbe und in allgemeinen menschlichen Werten verwurzelt ist“, die Verfassung zu geben.

Im Artikel 6 werden dann die Voraussetzungen für die Verbreitung und den gleichen Zugang zur Kultur definiert, welche die Quelle der Identität des polnischen Volkes, seines Bestandes und seiner Entwicklung sei. Im Artikel 35 gewährleistet der Staat den polnischen Staatsangehörigen, die nationalen und ethnischen Minderheiten angehören, die Freiheit der Erhaltung und der Entwicklung der eigenen Kultur.

Drittens: Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 1999. Unmittelbar nach der Präambel wird hier unter den Grundrechten festgehalten, dass die Eidgenossenschaft „die kulturelle Vielfalt des Landes zu fördern hat“.

Interessanterweise wird im Kapitel „Sozialziele“ dem Bund und den Kantonen gleichermaßen der Auftrag erteilt, die kulturelle Integration von Kindern und Jugendlichen zu unterstützen, indem sich der Staat in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative dafür einzusetzen hat. Stichwort Föderalismus. Natürlich sind in der Schweiz die Kantone für den Bereich Kultur zuständig. Aber der Bund kann, ja ist verpflichtet, kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse zu unterstützen sowie Kunst und Musik, insbesondere im Bereich der Ausbildung zu fördern.

Drei andere europäische Verfassungen – als Beispiele oder Vorbilder für den Stellenwert der Kultur in den Grundrechten. In 15 unserer Länderverfassungen ist die Kultur eingefügt. Bedeutet dies tatsächlich, dass sie deshalb in der Bundesverfassung ruhig fehlen darf? Ich meine, das Gegenteil ist richtig: Erst durch den nationalen Verfassungsrang schaffen wir die „Kulturnation“ Deutschland, die wir sein wollen.“

Was ist eine Enquete? Eine Untersuchung, die ein aus Abgeordneten bestehender Ausschuss im Auftrag des Parlaments vornimmt ... heißt es im Brockhaus

Im Dezember des Jahres 2007 legte die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ ihren Schlussbericht vor, 500 Druckseiten, 465 Handlungsempfehlungen. Nach gut vier Jahren Arbeit in der 15. und 16. Legislaturperiode, geleistet von mehr als 40 Abgeordneten und Sachverständigen, die sich wiederum auf 24 öffentliche Anhörungen, 21 Expertengespräche und 12 Gutachten beziehen.

DIE LINKE hat der Einsetzung dieser Enquete-Kommission 2003 ausdrücklich zugestimmt, konnte aber erst ab Herbst 2005 – wieder als Fraktion im Bundestag – an der Arbeit mitwirken. Gliederung und Grundaussagen des Berichts standen zu diesem Zeitpunkt schon fest. Viele Entscheidungen – so auch die für ein „Staatsziel Kultur“ – waren schon getroffen. Und die Bereitschaft, auf Veränderungsvorschläge der „Neuen“: Lukrezia Jochimsen und Hakkı Keskin sowie des Sachverständigen Dieter Kramer einzugehen, war nicht sehr groß.

Dennoch ist es – gegen erheblichen Widerstand – gelungen, ein Eingangskapitel in den Bericht aufzunehmen, in dem die Bedeutung von Kunst und Kultur für Individuum und Gesellschaft dargestellt wird. Hier wie in der Präambel wird deutlich gemacht, dass es nicht „die“ Kultur in Deutschland gibt. Vielmehr ist es die reale kulturelle Vielfalt, die den Reichtum der Kultur in Deutschland ausmacht. Parteiübergreifend, also auch mit den Stimmen der CDU/CSU, werden die Kulturen der MigrantInnen als Bestandteil der Kultur in Deutschland anerkannt und als Bereicherung bewertet. Das ist neu. Diese Vielfalt zu schützen und zu fördern, wird als verpflichtende Aufgabe des Staates herausgestellt.

Anders endete der Versuch, die kulturellen Folgen der vierzig Jahre währenden deutschen Teilung angemessen im Bericht darzustellen. Zwar wurde auf Drängen der Linksfraktion ein Abschnitt dazu aufgenommen, der aber mit den

ursprünglichen Intentionen nichts mehr zu tun hatte. Wir wollten ganz einfach die Folgen beschreiben – in Bezug auf die Infrastruktur und auch auf die heute noch zu beobachtenden Unterschiede in den Wertorientierungen und den Erwartungen an Kunst und Kultur. Und wir wollten Konsequenzen für Kulturpolitik daraus ziehen. Leider wurde diese Chance vertan.

Trotzdem ist der Bericht insgesamt wichtig. DIE LINKE wird sich jetzt für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen einsetzen, vor allem:

- für die Aufnahme des Staatsziels Kultur ins Grundgesetz mit dem Satz: Der Staat schützt und fördert die Kultur,
- für den Erhalt und die Stärkung der Künstlersozialversicherung,
- für weitere Verbesserungen im Urheberrecht im Interesse der Kreativen.

*Annette Mühlberg,
Referentin für Kulturpolitik der
Bundestagsfraktion DIE LINKE.*

Von Denkmälern und Gedenkstätten umstellt

Es ging schon los mit der ersten Regierungserklärung der Kanzlerin, als sie die Einrichtung eines Dokumentationszentrums in Berlin zum Thema „Flucht und Vertreibung“ ankündigte. Zitat „Im Geiste der Versöhnung“.

Ausgerechnet in Berlin, dem Ort, von dem alles mörderische Elend ausging, das schließlich zu Flucht und Vertreibung führte. Ich habe damals in meiner ersten Rede im Bundestag gefragt: „Wer soll sich da mit wem versöhnen?“ Und natürlich keine Antwort bekommen. Bis heute nicht, da diese Gedenkstätte nun beschlossene Regierungssache ist.

Zur selben Zeit stellte der Koalitionsvertrag eine besondere Gedenkstättenförderung des Bundes in Aussicht „unter angemessener“ Berücksichtigung der beiden Diktaturen in Deutschland. Auch da hätte ich gern gewusst, was unter „angemessen“ zu verstehen wäre. Inzwischen hieß es schlicht: „1. Diktatur“ und „2. Diktatur“, als ob dies gleichzusetzen sei. Und obwohl dies mittlerweile nicht mehr offiziell gesagt wird, wird eine Gedenk-



stätten-Politik betrieben, die diese Richtung jederzeit wieder nehmen kann.

Dann kam der Kanonenschlag aus dem Verteidigungsministerium! Im Frühjahr 2007 hat der Verteidigungsminister „in Ausübung seiner Befehls- und Kommandogewalt“ beschlossen am Antrittplatz seines Dienstsitzes ein „Bundeswehr-Ehrenmal“ zu errichten“. Ganz geheim ließ er einen Wettbewerb durchführen und präsentierte dann der Öffentlichkeit das Ergebnis: einen 10 x 40 Meter großen Steinblock, metallüberzogen, Inschrift: „Den Toten der Bundeswehr. Für Frieden, Recht und Freiheit“.

In der Broschüre des Verteidigungsministeriums wird als „Zielsetzung“ genannt: „Den Toten zur Ehre, den Lebenden zum Trost“. Welch' eine Sprache!

2009 soll das Ehrenmal feierlich eingeweiht werden. Wir haben im Juli 2007 einen Antrag im Parlament zur Diskussion gestellt stattdessen ein Mahnmal für die Opfer der gegenwärtigen und zukünftigen Kriege zu errichten. Ablehnung. Was sonst?

Im November 2007 ging es dann erst recht zur Sache. Nun sollte ein „Freiheits- und Einheitsdenkmal“ her. Natürlich wieder in Berlin. Um was zu symbolisieren?

Einerseits die friedliche Revolution im Herbst 1989, andererseits die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit sowie dritterseits gewissermaßen auch noch die freiheitlichen Bewegungen und Einheitsbestrebungen der vergangenen Jahrhunderte oder wenigstens bis 1848.

Man merkt sofort: da sind die großen historisierenden Verwischtechniker am Werk, die alles Mögliche zusammenbringen wollen, ohne sich zu fragen, ob das überhaupt geht. Hauptsache Denkmal!

Auch dieses Beispiel neuer nationaler Erinnerungs-Kultur ist nun beschlossen, finanziert, auf dem Weg. Und wo soll es stehen? Kaum zu glauben, aber wahr: inmitten des Schlossplatzes auf dem übriggebliebenen Sockel des früheren Kaiserdenkmals von Wilhelm I.

Schönen Zeiten gehen wir entgegen während der „Palast der Republik“ als Ruine langsam aus dem Blick verschwindet.

Was uns bleibt? Dies alles zu beobachten und auf Gegenzeichen zu setzen:

- Ein Denkzeichen für die friedliche Revolution in Leipzig, von wo alles ausgegangen ist, was diesen Namen verdient.
- Ein Denkmal in Berlin für den Hitler-Attentäter Elser – vom Land Berlin initiiert und ermöglicht. Und:
- Immer wieder mit vielen Menschen zu Hans Haackes Ehren-Mahn-Denkmal „Der Bevölkerung“ im Innenhof des Reichstagsgebäudes zu gehen.
- Im September 2006 habe ich Erde aus dem Umfeld des Urnengrabes von Bertha von Suttner von Gotha nach Berlin geholt und ausgeschüttet – nun ist die große Pazifistin im Bundestag präsent – ein Denkmal unter anderen.



Widerspruch zum Stasi-Unterlagengesetz

Im Jahre 2005 ist die Birtler-Behörde vom Bundesinnenministerium in den Zuständigkeitsbereich des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien übergegangen. Das heißt: Die Gesetzgebung ist hier nunmehr eine kulturelle Angelegenheit...

Bei dieser Rede war ich wieder ganz allein. Am Anfang wurde noch zugehört, als ich erklärte: „Für die Fraktion DIE LINKE steht außer Frage: die Aufarbeitung soll weitergehen. Für Opfer der Ausspähung ... sogar erweitert und vertieft werden.“ Also kein Schlussstrich, aber Schluss mit dem vielfältigen Verdacht gegen Bürgerinnen und Bürger des Ostens und nach 15 Jahren auch Schluss mit den Überprüfungen.

„15 Jahre Überprüfungen sind genug. Die Verlängerung über das Jahr 2006 hinaus verstößt gegen den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, da jede Überprüfung einen gravierenden Eingriff in die Persönlichkeitsrechte des Individuums darstellt und dieser Eingriff nach 15 Jahren für Verhaltensweisen, die

noch viel länger zurückliegen können, nicht mehr zu rechtfertigen ist.“

Da ging es aber los mit Zwischenrufen und Protest und „Unruhe“, wie es im Protokoll heißt. Und in diesem Moment habe ich die Grundfrage einer Gegenstimme gestellt:

„Immer wieder werde ich gefragt: Was kann die Linksfraktion im Bundestag überhaupt ausrichten?“

„Zuruf von der CDU/CSU: Nichts!“

„Heute sage ich selbstbewusst: wenigstens eine Stimme gegen die übermächtigen anderen setzen. Wenn es uns hier nicht gäbe, dann gäbe es keinerlei Widerspruch gegen dieses Gesetz, welches gegen die Prinzipien des Rechtsstaates ‚Verjährung‘ und ‚Verhältnismäßigkeit‘ verstößt.“

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Damit schließt sich der Kreis zu den Gedanken am Anfang dieses Versuches einer Bilanz. Gegenstimmen können wir sein, Gegenvorschläge können wir machen gegen die politische Übermacht. Wenn SIE diese Stimmen dann hören,

Sie diese Vorschläge bedenken und aufnehmen, dann wird DIE LINKE eines Tages auch ihre Politik im Parlament mehrheitsfähig machen können.

1991 (!) plädierten Abgeordnete der FDP für eine zehnjährige Begrenzung der Gültigkeit des Stasi-Unterlagengesetzes. Damals sagte Burkhard Hirsch:

„Ich sage Ihnen, dass es ganz und gar unserer Rechtstradition widerspricht, einem Täter über einen so langen Zeitraum hinweg eine Tat ... nachzuhalten: 15 Jahre! Wenn ich Zweifel am Gesetz habe, dann an diesem Teil, der einen Zug der Erbarmungslosigkeit hat und nicht die Kraft findet zu sagen, dass in fünf oder sechs Jahren, jedenfalls in diesem Jahrhundert, die allgemeine Durchleuchtung der Vergangenheit endet, wenn nicht ein individuelles Opfer Klage oder Anklage erhebt.“

Am 30. November 2006 wurde mit der Mehrheit des Deutschen Bundestages das Gesetz um weitere fünf Jahre verlängert.

Gefragt – zu Gast in politischen Sendungen

Da lande ich dann wieder dort wo ich vorher gearbeitet habe, diesmal allerdings auf der „anderen Seite“ als Befragte und nicht als Fragestellerin. Ein Rollentausch, den ich manchmal gerne rückgängig machen würde, wenn es um andere PolitikerInnen geht.



Politik – Ein Fegefeuer der Eitelkeiten?

DIE LINKE wird von den anderen als Parierpartei betrachtet. Es ist schon 2002 so gewesen und jetzt ist es wieder so. Es heißt immer, mit denen ist nichts zu machen.

Jeder hat im Wahlkampf klipp und klar gesagt, das, das und das ist möglich, aber eines ist klar: mit der Linken kommt überhaupt nichts infrage. Das nenne ich Parierposition.

Wir haben gesagt, Hartz IV kann so wie es ist nicht bleiben. Die Unterschiede zwischen Ost und West in den

Bereichen Rente, Arbeitslosengeld II usw. müssen wenigstens benannt werden, wie lange sie noch andauern sollen. Und das Kriegsmandat für Afghanistan muss rückgängig gemacht werden.

Wir sagen immer: Veränderung beginnt mit der Opposition. Wir finden, dass das parlamentarische System auf diesen Ursprung zurück gebracht werden muss, dass es eine wirkliche Opposition gibt.



Erbe verpflichtet!?

Wenn man diese veränderte Situation, dass immer mehr vererbt wird, zum Anlass nehmen würde, über Verpflichtung nachzudenken – Erbe verpflichtet –, dann hätten wir eine große Chance in ein neues gesellschaftliches Bewusstsein zu kommen.

Um nicht missverstanden zu werden: ich bin auch wirklich dafür, dass

jemand, der im Rahmen von 200.000 bis 300.000 Euro ein Erbe erbfrei bekommt. Mir geht es auch nicht darum, dass ein Familienunternehmen zerschlagen werden soll, weil eine Erbschaftssteuer anfällt – um Gottes willen. Wenn man Werte erhalten kann, muss das auch unterstützt werden von der Gesamtheit. Es geht mir aber darum, dass jemand 300.000 Euro frei bekommt, dann noch einmal Millionen erbt und auf diese Millionen so gut wie keine oder nur wenig Erbschaftssteuer zahlen muss.



Steuergeschenke für Millionärskinder – Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit?

Sie tun wirklich so, als wären BMW und der Erfolg von BMW und das Geld, das BMW generiert hat, die Leistung der Familie Quandt. Haben da nicht aber tausende Arbeiter, Käufer, Entwickler, Steuergesetze, ein ganzes Land mit-

gearbeitet, um den Erfolg von BMW zu erzielen? Und warum soll allein die Familie Quandt begünstigt und privilegiert sein?



Künftig keine Stasi-Überprüfung – Später Sieg der Täter?

Regelanfragen braucht man nicht mehr, man braucht nach 15 Jahren überhaupt keine Überprüfungen mehr. Was man braucht ist Aufarbeitung. Man braucht Wissenschaft, man braucht Forschung, die aber kann man auch ganz anders und sehr gut regeln. Wir haben ein fantastisches Bundesarchiv, dort kann man die Stasiunterlagen hin überführen. Die betroffenen Opfer müssen natürlich nach wie vor Zugang zu ihren Akten haben.

Können wir auch mal über unseren Rechtsstaat diskutieren, der den Gedanken der Verjährung als wichtiges Fundament enthält. Der sagt, dass es Verjährungsfristen gibt, der sagt, dass es für schwere Freiheitsberaubung und Körperverletzung eine Verjährungsfrist



von zehn Jahren gibt. Wir finden, dass der Rechtsstaat die Verjährung als ein ganz wichtiges Mittel der gesellschaftlichen Versöhnung enthält.

Die Aufarbeitung ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Wobei ich aber immer Schwierigkeiten damit habe, wenn die Aufarbeitung der NS-Diktatur mit der Aufarbeitung der DDR-Diktatur auf einen Vergleichsboden gestellt wird. Und zwar erstmal, weil die NS-Diktatur wirklich etwas anderes war als die DDR-Diktatur. Und zweitens, weil ja auch die DDR-Diktatur anders zu Ende gegangen ist. Die NS-Diktatur ist nur zu einem Ende gekommen, weil es Alliierte gab, die große Armeen, Mann für Mann und Maus für Maus, zu Ende gekämpft ha-

ben. Während die DDR-Diktatur ja durch die Bürger und Bürgerinnen friedlich zu einem Ende gekommen ist.

Heimat oder Stasi-Staat – Wie war die DDR wirklich?

Ich kann weiß Gott nicht sagen, ob die DDR Heimat war, oder ob sie ein Stasi-Staat war. Das steht mir auch nicht an. Aber eines hat meine Kindheit und meine Jugend geprägt. Die DDR wie die Bundesrepublik war eine Nachfolgegesellschaft des Krieges und die ganze Teilung spielte sich erst in einer Nachkriegsgesellschaft und dann in einem mörderischen Wettkampf zweier Weltsysteme ab. Und insofern kann man doch nicht so tun, als wäre die DDR ein selbst gewähltes Schicksal der Menschen gewesen, die in der DDR gelebt haben. Nummer eins.

Und Nummer zwei. Als wäre das, was sich dann entwickelt hat, in der Hand der DDR gewesen oder der DDR-Bevölkerung. Und noch einen dritten Gedanken. Von daher muss man auch den Anfang der DDR und das Ende der DDR voneinander trennen. Und wir diskutieren, glaube ich, nur vom Ende der DDR her.

Ohne uns geht gar nichts

Berlin



Annette Mühlberg,
Fraktionsreferentin
für Kultur, kompetent
in allen Gremien- und
Fachfragen.

Anne Neller,
Verbindungsfachfrau
zu den Wahlkreisbüros
und gründliche Orga-
nisorin von Groß-
veranstaltungen.

Detlef Kannapin,
verantwortlich für alle
parlamentarischen An-
gelegenheiten und den
politischen Überblick.

Carmen Hirschberg,
Kanzleichefin, hält den
Laden zusammen und
sorgt auch sonst für
gute Stimmung.

Paul Wellsov hat das
Büro in der Landes-
hauptstadt voll im Griff
und immer Kontakt zu
den Bürgern, betreut
die Besuchergruppen
in Berlin.

Fotos v. l. n. r.: Heike Hirschberg, Anne Neller, Paul Wellsov

Erfurt



Weimar – die Mannschaft von Frank und Luc



Mike Ritter,
Krankheitsvertretung
für Günter Platzdasch,
macht web adminis-
tration und desktop
publishing und erklärt
den Kollegen immer
wieder, was das be-
deutet.

Pierre C. Deason,
Krankheitsvertretung
für Günter Platzdasch,
hilft bei der Kommuni-
kation und der Verbin-
dung zwischen Berlin
und dem Wahlkreis.
Nährt „Herrn Bukow-
ski“, einen schwarzen
Kater.

Günter Platzdasch,
Mann für alles im
Weimarer Bürgerbüro,
der nach einem Unfall
gerade erst wieder auf
die Beine kommt.

Florian Schäfer,
studentischer Mitar-
beiter, unterstützt bei
Bedarf Günter bzw.
seiner Krankheitsvertre-
ter. Also oft.

„Herr Bukowski“,
wie gesagt emanzipier-
ter Kater, liegt gerne im
Wahlkreisbüro herum,
lockt im Schaufenster
Sympathisanten, ist
allerdings mit seinem
Parteibeitrag seit zwei-
einhalb Jahren säumig.



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 71 57

Fax: 030 - 22 77 68 56

E-Mail: lukrezia.jochimsen@bundestag.de

Bürgerbüro Erfurt

Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt

Telefon: 0361 - 346 94 36

Fax: 0361 - 346 94 37

E-Mail: lukrezia.jochimsen@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Weimar

Marktstr. 17, 99423 Weimar

Telefon: 03643 - 49 92 54

Fax: 03643 - 77 71 98

E-Mail: lukrezia.jochimsen@wk2.bundestag.de

www.lukrezia-jochimsen.de

